

Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im April 2022

Kappacher, Stephanie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kappacher, S. (2022). Aufgelesen: Die Zeitschriftenschau im April 2022. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-79303-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Stephanie Kappacher | Zeitschriftenschau | 29.04.2022

Aufgelesen

Die Zeitschriftenschau im April 2022

In vielen Ländern stellt Abtreibung nach wie vor (oder wieder) einen Straftatbestand dar. In den aktuellen [WZB-Mitteilungen](#) thematisiert Ashley Mantha-Hollands die fehlende reproduktive Selbstbestimmung von Frauen und die damit für sie einhergehenden Einschränkungen ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Die Autorin verortet das Konzept der Staatsbürgerschaft an der „Schnittstelle von Identität, politischer Teilhabe, Rechten und Pflichten sowie dem rechtlichen Status als Mitglied eines politischen Gemeinwesens“ (S. 58). Aspekte der reproduktiven Gerechtigkeit betreffen alle vier Bereiche, und dennoch werde Abtreibung noch immer innerhalb des Grundrechts auf Gesundheit verhandelt – völlig ungeachtet der Tatsache, dass die Frage nach der Selbstbestimmung über den eigenen Körper weit über gesundheitliche Aspekte hinausgehe, betreffe sie doch, so Mantha-Hollands, den „Kern der Existenz einer Person innerhalb einer demokratischen Gesellschaft“ (ebd.). Wie der treffende Titel ihres Beitrags lautet daher auch Mantha-Hollands’ bitteres Fazit: [Zuerst Mutter, dann Bürgerin](#).

Anhand eines Streifzugs durch verschiedene europäische Länder und die USA erläutert die Autorin zunächst exemplarisch unterschiedliche rechtliche Regelungen von Abtreibungen in verschiedenen Nationen. Dabei sticht insbesondere die Situation in den USA hervor, wurden dort doch allein im letzten Jahr 108 neue Gesetze in verschiedenen Bundesstaaten erlassen, die das Recht auf Abtreibung einschränken (S. 57) – eine Entwicklung, die laut Mantha-Hollands „50 Jahre Arbeit für die reproduktiven Rechte von Frauen zunichte“ (ebd.) mache. Doch nicht nur in den USA, auch im europäischen Raum haben sich die Bedingungen verschlechtert. Als besonders streng gelten etwa die Regelungen in Polen, wo seit 2020 Abtreibungen nur noch in Fällen erlaubt sind, in denen das Leben der Mutter gefährdet ist, und in Malta, wo Schwangerschaftsabbrüche schlichtweg verboten sind und nicht einmal Ausnahmeregelungen für schwangere Minderjährige oder Fälle von Vergewaltigung existieren. Selbst eine akute Gefahr für das Leben der Schwangeren ist vor dem Gesetz unerheblich.

Vor diesem Hintergrund können einem selbst die etwa in Ungarn, Italien oder den Niederlanden geltenden Regelungen, die Frauen einen Schwangerschaftsabbruch gestatten, wenn sie erklären, dass eine Schwangerschaft sie in eine in sozialer oder finanzieller

Hinsicht schwierige Situation brächte, als vergleichsweise liberal erscheinen. Fakt ist jedoch, dass auch in diesen Ländern sowohl die körperliche Autonomie als auch die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen durch den Staat eingeschränkt ist.

Angesichts einer derart verbreiteten Verweigerung des Rechts auf körperliche Autonomie machen schwangere Frauen in etlichen Ländern von ihrem Recht auf Mobilität Gebrauch und versuchen, jenseits der Grenzen des eigenen Heimatlandes einen sicheren Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Die so genannte „Abtreibungsmigration“ kommt die häufig ohnehin schon in Notsituationen befindlichen Betroffenen teuer zu stehen, müssen sie die entstehenden Kosten, beispielsweise für Reise und Unterkunft sowie den zumeist kostspieligen Eingriff, doch selbst tragen.

Mantha-Hollands' Augenmerk richtet sich wohlgerichtet auf die Situation von Frauen in den Ländern der nördlichen Hemisphäre. In vielen Staaten des Globalen Südens stellt sich die Situation noch einmal ganz anders dar und ist für die betroffenen Frauen nicht selten eine Frage von Leben und Tod.

Ungeachtet der im wahrsten Sinne des Wortes lebensbestimmenden Rolle von Geburt und Gebären attestieren Sabine Flick, Franziska Marek und Friederike M. Hesse, die Herausgeberinnen der jüngsten Ausgabe der [Österreichischen Zeitschrift für Soziologie](#), der soziologischen Natalitätsforschung einen erstaunlich geringen Bestand an empirischen wie theoretischen Arbeiten.

Unter dem Titel [Cultures of Birthing in Transition](#) beschreiben die Heftherausgeberinnen Wandlungsprozesse „rund um die Geburt“. Neben der zunehmend wichtigeren Rolle von Doulas als Schwangerschafts- und Geburtsbegleiterinnen thematisieren Flick et al. insbesondere verschiedene Formen von Gewalt, denen Gebärende im Geburtsverlauf ausgesetzt sind. Dazu gehören etwa verbale Gewalt wie Anschreien oder Beleidigen, aber auch physische Gewalt in Form unnötig grober körperlicher Untersuchungen, der Verweigerung von Schmerzmitteln sowie der Durchführung nicht indizierter Eingriffe, nicht zuletzt von Kaiserschnitten. In diesem Zusammenhang identifizieren die Herausgeberinnen verschiedene Aspekte, die einen Einfluss auf die geschilderten Praktiken haben. Dazu zähle etwa die mit dem Rückgang von Hausgeburten einhergehende zunehmende Medikalisierung von Geburten. Immer häufiger entscheiden Schwangere sich eher für Geburtshäuser oder Kliniken, was in der Konsequenz zu einer verstärkten Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Hilfsmittel der medizinischen Geburtshilfe führe. In der Folge käme es beispielsweise zu einer steigenden

Kaiserschnitttrate. Weitere, damit zusammenhängende Aspekte seien die Privatisierung und Ökonomisierung von Krankenhäusern, deren Personal immer stärker den Zwängen zeitlicher und ökonomischer Effizienz unterworfen werde. In der Geburtshilfe käme dies unter anderem darin zum Ausdruck, dass dem natürlichen Verlauf einer Geburt oft nicht mehr die nötige Zeit zugestanden, sondern dieser durch äußere Einwirkung künstlich beschleunigt werde.

Neben der lesenswerten Einführung der Herausgeberinnen informiert der Beitrag von Lotte Rose über das „natale[] Bildungscurriculum“, das es im Laufe einer Schwangerschaft in Vorbereitung auf die Geburt zu absolvieren gelte. Basierend auf ethnografischen Feldforschungen an verschiedenen Bildungsorten zur Natalität (unter anderem Informationsveranstaltungen in unterschiedlichen Geburtseinrichtungen sowie Geburts-, Still- und Säuglingspflegekurse) kommt die Autorin zur titelgebenden Erkenntnis ihres Beitrags: [Gebären will gelernt sein](#).

Auf dem ‚Lehrplan‘ der werdenden Mütter stehen dabei nicht nur umfangreiche Kurse zur Wissensvermittlung, die helfen sollen, Gesundheitsrisiken, etwa im Bereich der Ernährung, zu vermeiden; auch die „natalen Diagnosekompetenzen“ von Frauen sollen im Rahmen des Curriculums gestärkt werden mit dem Ziel, sie dazu zu befähigen, „Symptome sachgerecht zu diagnostizieren und die erforderlichen richtigen Schritte“ einzuleiten. Schwangere werden dazu aufgerufen, „die eigene Körperwirklichkeit zu ‚erkennen‘“: Sind das jetzt Wehen? Ist das ein Blasensprung oder schwangerschaftsbedingte Inkontinenz? Beginnt die Geburt?

Und natürlich sollen Schwangere auch umfassend über verschiedene Aspekte der Geburt informiert werden, um kompetent zwischen verschiedenen Varianten und Verfahren entscheiden zu können. Rose hebt hier besonders die „neue Optionalität der Gebärposition“ hervor. Dadurch werde den Gebärenden automatisch die Aufgabe zugewiesen, sich ein eigenes Urteil zu bilden, wobei allerdings stets von Seiten der Unterrichtenden betont werde, wie verpönt eine Geburt in Rückenlage sei. Das mag in vielfacher Hinsicht irritierend sein, werden Geburten in Film und Fernsehen doch quasi immer in dieser Position dargestellt. Und auch die übliche Ausstattung von Kreißsälen verweise in erster Linie auf Geburten in Rückenlage. Schließlich, so das Ergebnis von Roses Feldforschung, sei das Gebärbett das zentrale Mobiliar sämtlicher Kreißsäle, andere Utensilien befänden sich entweder am Rand oder seien gar in Schränken verborgen.

Worin die Bildungsangebote an werdende Mütter Rose zufolge übereinstimmen, sind die

stets präsenten „Subjektanrufungen der Frauen als eigenverantwortliche Geburtsgestalterinnen“. Neben dieser omnipräsenten Betonung der Eigenverantwortung implizierten die Angebote aber auch eine stete Kritik an der vermeintlichen Unwissenheit der Gebärenden. Diese Kritik werde insbesondere von Hebammen, daneben aber auch von anderen in der Geburtshilfe tätigen Personen kommuniziert. In Geburtsvorbereitungskursen sei es gang und gäbe, mit Anekdoten über unvorbereitete, unwissende Schwangere, die beispielsweise Wehen nicht richtig eingeschätzt und ihr Kind dann unter der Dusche oder im Auto zu gebären hatten, klarzustellen, dass man sich unbedingt anders verhalten sollte, wolle man nicht die Geburt und die Kooperation mit der Hebamme erschweren oder zukünftig gar selbst als abschreckendes Beispiel verhöhnt werden. Auch wenn Hebammen sich natürlich auch um „solche Fälle“ kümmerten, laute der Subtext der Bildungsangebote doch, dass mangelndes Wissen und fehlende Vorbereitung „eine Zumutung für die Professionellen“ darstellten.

Rose fasst die Praktiken der Bildung rund um die Geburt in Anlehnung an Bröcklings Konzept des unternehmerischen Selbst als „Element moderner ‚Subjektivierungsprogramme‘“, mit denen Individuen ihre „Lebensführung auf unternehmerisches Handeln“¹ auszurichten hätten, und das schließe Schwangere selbstverständlich mit ein. Und auch wenn gegenüber den Gebärenden immer wieder betont werde, dass alles ganz anders kommen könne und sie im Fall von Geburtskomplikationen doch auf ihre Selbstbestimmung verzichten und dem Klinikpersonal das Heft des Handelns überlassen müssten, adressierten die Bildungsangebote dennoch konsequent die Eigenverantwortlichkeit der Gebärenden.

Rose stellt ihre Forschungsergebnisse in den Kontext früherer Befunde der Politikwissenschaftlerin Tina Jung,² die schon 2017 einen Zusammenhang zwischen der abnehmenden geburtshilflichen Versorgungsqualität und der Anrufung der Selbstbestimmung der Gebärenden postulierte: Je schlechter es um die geburtshilfliche Versorgung von Frauen bestellt sei, desto bedeutsamer sei eine gute Bildung der Gebärenden in Bezug auf die Geburt. Was auf den ersten Blick als emanzipatorische Maßnahme erscheine, um Schwangere in der Gestaltung einer den eigenen Bedürfnissen und Wünschen entsprechenden Geburt zu unterstützen, entpuppe sich bei Lichte besehen als Delegation der Verantwortung und damit als überaus ambivalent. Schließlich impliziere die Zuschreibung der Eigenverantwortlichkeit die Gefahr, dass sich Frauen einen schwierigen, möglicherweise traumatischen Geburtsverlauf als persönliches, durch unzureichende Vorbereitung selbst verschuldetes Versagen zurechneten.³

[Warum wir uns selbst optimieren wollen](#) und warum gerade in der Wissenschaft häufig Tendenzen zur Selbstoptimierung zu beobachten sind, erklärt die Kulturosoziologin Anja Röcke in einem Interview der neuesten Ausgabe von [Forschung und Lehre](#). Den Ausschlag für Tendenzen zur Selbstoptimierung ganz allgemein geben laut Röcke individuelle psychische Dispositionen, die jedoch vom sozialen Umfeld, etwa herrschenden Normen und Werten oder medialen Vorbildern, stark beeinflusst würden. Besonders anfällig für einen Drang zur Selbstoptimierung machten unsichere Berufs- oder Statuspositionen sowie ein starker Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck. Beides träfe im Wissenschaftsbereich in besonders ausgeprägter Form aufeinander, gehe es doch stets um maximalen Publikationsoutput in renommierten Medien und größtmögliche Erfolge beim Einwerben von Drittmitteln. Hier sieht Röcke insbesondere die – gern als „wissenschaftlichen Nachwuchs“ bezeichneten – befristeten Beschäftigten des akademischen Mittelbaus in Gefahr, weil von ihren aktuellen Erfolgen die nächsten Karriereschritte abhingen. Erschwerend komme hinzu, dass Familien- und Erziehungszeiten kaum anerkannt und im Rahmen von Leistungsbeurteilungen quasi ignoriert würden. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Berliner Kulturosoziologin für „Veränderungen auf organisationaler und institutioneller Ebene“ aus, etwa für eine reelle Chance auf die Entfristung der eigenen Stelle oder eine stärkere Berücksichtigung qualitativer statt quantitativer Kriterien in Bewerbungsverfahren. Schließlich führe das ständige Streben nach der Verbesserung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten keineswegs nur zu höherer Leistung und besseren Ergebnissen, sondern berge auch erhebliche Risiken, etwa in Form psychischer wie physischer Überlastungszustände oder langfristiger gesundheitlicher Schäden. Neben dem Verlust einer gesunden Beziehung zu sich selbst sei häufig auch die Qualität sozialer Beziehungen im nahen Umfeld, etwa zur Partner:in, zu den eigenen Kindern oder zu engen Freunden, gefährdet.

Röcke zufolge gilt es, einen gesunden Mittelweg zu finden: Ein gewisses Maß an Ansporn und Ehrgeiz seien gute und geeignete Motivationsfaktoren, doch wenn die Motivation in ein ständiges Kontrollieren der eigenen Leistung ohne Bezug zu vorher gesetzten Zielen oder Grenzen umschlage, sei es nötig, einen Gang runterzuschalten. Allerdings gibt Röcke auch zu bedenken, ob ein gewisser Hang zur Selbstoptimierung im Kontext von Wettbewerbsdruck und Konkurrenzgerangel nicht auch im Habitus von forschenden und lehrenden Personen verankert sei oder sein sollte. Zu große Zufriedenheit sei für das Streben nach Fortschritt und Exzellenz in der Wissenschaft gewiss „nicht opportun“, was jedoch nicht ausschließe, „sich auch mal zufrieden über erreichte Ergebnisse zu zeigen“.

Um Arbeit und ihre fehlenden Grenzen geht es Beatrice van Berk, Christian Ebner und

Daniela Rohrbach-Schmidt. In der April-Ausgabe der [Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik](#) präsentieren sie die Ergebnisse [ihrer Analyse zur Verbreitung von suchthaftem Arbeiten in Deutschland](#). Das ist umso interessanter, als sie damit eine echte Forschungslücke schließen: Auch wenn bereits einige wissenschaftliche Arbeiten zu suchthaftem Arbeitsverhalten in Deutschland existieren, handelt es sich bei ihrer Analyse doch um die erste Studie, die nach verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen differenziert.

Basierend auf der international verbreiteten und mehrfach validierten Kurzform der Dutch Work Addiction Scale (DUWAS) konzipieren die Autor:innen suchthaftes Arbeiten als das parallele Auftreten von *exzessivem* und *zwanghaftem* Arbeiten. *Exzessives* Arbeiten zielt dabei auf die Verhaltensebene der Betroffenen und meint etwa übermäßig lange Arbeitszeiten und ständiges Multitasking, während *zwanghaftes* Arbeiten die kognitive Ebene betrifft und hartes, aber freudloses Arbeiten ebenso umfasst wie ein schlechtes Gewissen im Urlaub oder die Unfähigkeit, an freien Tagen von der Arbeit abzuschalten.

Als Datengrundlage verwendeten van Berk et al. eine vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) durchgeführte Zusatzbefragung zu „Persönlichkeitseigenschaften und Erwerbstätigkeit“, an der rund 8.000 Befragte teilnahmen. Mittels deskriptiver uni- und bivariater Analysen gelangte das Team unter anderem zu den folgenden Ergebnissen:

Eine differenzierte Auswertung entlang soziodemografischer Merkmale der Befragten ergab, dass mit knapp 11 % etwas mehr Frauen suchthaft arbeiteten als Männer (9 %). Außerdem nehme die Neigung zu einer suchthaften Art der Arbeitsverrichtung mit dem Alter ab. Insgesamt kamen die Forscher:innen zu dem Schluss, dass soziodemografische Merkmale jedoch keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Verteilung von arbeitssüchtigem Verhalten hätten.

Etwas anders gestaltete sich der Befund in Bezug auf Beschäftigungsmerkmale des Arbeitsplatzes, etwa die Befristung von Arbeitsverhältnissen, die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit, die hierarchische Position innerhalb eines Betriebes oder die Übertragung von Führungsverantwortung. Während sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Befristung eines Arbeitsvertrags und suchthaftem Arbeiten nachweisen ließ, galt dies sehr wohl für die Form der Beschäftigung: Mit knapp 14 % ist ein suchthaftes Arbeitsverhalten in der Gruppe der Selbstständigen deutlich häufiger anzutreffen als in allen anderen Gruppen. Auch der Zusammenhang zwischen suchthaftem Arbeiten und Führungsverantwortung erwies sich als statistisch signifikant: Während nur 8,7 % der

befragten Erwerbstätigen ein suchthafte Arbeitsverhalten zeigen, sind es unter den Beschäftigten mit Führungsverantwortung 12,4 %. Zudem gehe mit dem Erreichen jeder höheren Führungsebene auch eine stärkere Ausprägung suchthaften Arbeitens einher, auf höchster Ebene seien das beinahe 17 %.

Eine differenzierte Auswertung hinsichtlich der *Betriebsmerkmale*, konkret der Betriebsgröße und der Existenz eines Betriebsrats, ergab ebenfalls signifikante Zusammenhänge. So zeigte sich, dass in sehr kleinen Betrieben (mit weniger als 10 Beschäftigten) über 12 % der Belegschaft suchthafte arbeiteten, während in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten nur 8,3 % der Befragten diese Angabe machten. In Betrieben ohne Betriebsrat zeigte sich mit rund 12 % ein größeres Ausmaß an suchthaftem Arbeitsverhalten als in Betrieben mit Betriebsrat (8,7 %).

In Bezug auf verschiedene *Berufsbereiche* zeigte sich ein eher homogenes Bild hinsichtlich der Ausprägung suchthaften Arbeitens. Am geringsten betroffen war mit 6 % der Bereich von Berufen in Naturwissenschaft, Geografie und Informatik, während arbeitssüchtiges Verhalten im Berufsbereich von Land-, Forst- und Tierwirtschaft sowie Gartenbau mit 19 % am stärksten ausgeprägt war. Letzteres, so führen van Berk et al. aus, habe sich schon in früheren Studien gezeigt. Als Begründung führen die Forscher:innen an, dass viele der in diesem Bereich Tätigen selbstständig und noch dazu auf dem eigenen Hof arbeiteten, was unter anderem zu einer besonders starken Entgrenzung von Arbeit und Freizeit führe. Darüber hinaus könne bei der Arbeit mit Tieren und Pflanzen ein besonders starkes Verantwortungsgefühl angenommen werden.

Einen genaueren Blick auf das Agrarbusiness und die Strukturen des landwirtschaftlichen (Berufs-)Lebens werfen auch die Kolleg:innen der Bundeszentrale für Politische Bildung, die – [wie schon einmal 2010](#) – die [aktuelle Ausgabe der APuZ](#) dem Thema Landwirtschaft widmen. Besondere Aufmerksamkeit verdient darin der [Aufsatz von Rudolf G. Heinze](#), der Protestaktionen von Bäuerinnen und Bauern ins Visier nimmt.

Bereits 2019 erregten Landwirtinnen und Landwirte mit zahlreichen dezentral organisierten Demonstrationen und Protestinszenierungen gegen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU Aufmerksamkeit, insbesondere mit der wahlweise als „Trecker-Demo“ oder „Traktorensternfahrt“ bezeichneten Kolonne aus laut hupenden landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen in der Berliner Innenstadt.

Auch in jüngster Zeit wurden wieder vermehrt Stimmen gegen die Agrarpolitik laut, etwa

als der amtierende Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir von der Partei Bündnis 90 / Die Grünen, seine Pläne für mehr Ökolandbau, Umweltschutz und Tierwohl vorstellte und an diesen auch angesichts drohender Ernteaufschläge durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine festhielt.

Heinze interessiert in seinem Beitrag zweierlei. Zum einen geht es ihm um die Motive und Sorgen der Protestierenden, zum anderen will er wissen, wieso die Belange der Bäuerinnen und Bauern, die ja nicht nur die Landwirtschaft, sondern ebenso „Grundprinzipien der Ernährung und des Umgangs mit der Natur“ betreffen, in Gesellschaft und Forschung derart wenig Aufmerksamkeit erfahren.

Doch zunächst wartet Heinze mit beeindruckenden, um nicht zu sagen erschreckenden Zahlen auf: Gab es in den 1950er-Jahren bundesweit noch etwa 1,6 Mio. landwirtschaftliche Betriebe, waren es gegen Ende der 1980er-Jahre nur noch rund 700.000, von denen 2019 gerade einmal noch 275.000 existierten. Dementsprechend ist auch die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch gesunken. Mit diesem Rückgang ging allerdings auch eine enorme Effizienzsteigerung einher: Ernährte ein Bauer um 1950 noch 10 Menschen, stopft die Landwirtin heute etwa 135 Mäuler. Das muss sie auch, wenn sie von ihrer Arbeit leben will, denn während beim Broteinkauf in den 1950-Jahren noch fast die Hälfte des gezahlten Preises ins bäuerliche Portemonnaie wanderte, sind es aktuell nur noch 4 %. Den Strukturwandel im landwirtschaftlichen Bereich, der sich in einem „Zangengriff von Ökonomie und Ökologie“ (Klaus Dörre) befindet, erfahren die meisten der dort Tätigen als Verlust. Kein Wunder, dass sie sorgenvoll, gar ängstlich in die Zukunft blicken.

Das bestätigt auch Heazines Forschungsarbeit. Der weitaus größte Teil (über 95 %) der von ihm befragten knapp 500 Personen – davon rund 400 Landwirt:innen und rund 100 in landwirtschaftlichen Bereichen Tätige – macht sich einige oder große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft, 98 % betrachten die generelle Zukunft der Landwirtschaft mit Sorge. Auch der Anteil derjenigen, die sich vor den Folgen des Klimawandels (85 %) und um das Wohl der Umwelt (77 %) fürchten, ist groß. Diese Existenzängste, gepaart mit der Wut über immer neue und stärkere politische Regulierungen, etwa beim Insektenschutz oder der Bodendüngung, eint nach Heinze die Landwirt:innen und bildet ein starkes Motiv für die bäuerlichen Proteste. Dennoch erhielten die Belange der Bäuerinnen und Bauern nur wenig mediale Aufmerksamkeit, würden teils gar als Partikularinteressen abgetan. Auch in der Politik hätten sie kaum Durchsetzungsmacht, nicht zuletzt durch den starken Rückgang an Beschäftigten, der Drohungen mit dem Entzug von Wähler:innenstimmen nahezu

wirkungslos verpuffen lasse.

Abgesehen von einigen aufsehenerregenden Protestaktionen habe sich der Niedergang der landwirtschaftlichen Betriebe weitgehend im Stillen vollzogen. Auch der legendäre Milchstreik 2008 habe die Umsetzung der angekündigten Preisreduzierungen nur um wenige Monate verzögert, dann seien die Änderungen durchgesetzt und von den Betroffenen mehrheitlich schweigend hingenommen worden, auch wenn in den sozialen Medien sehr wohl von den Klagen der Bäuerinnen und Bauern zu lesen war.

Ausgehend von den Befunden rät Heinze, seines Zeichens Seniorprofessor für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum, dringend dazu, die Proteste von Bäuerinnen und Bauern „als seismografische Warnsignale für den konfliktbeladenen Wandel des Landwirtschaftssektors“ ernst zu nehmen und ihrer Situation, gerade in Anbetracht dringend notwendiger struktureller Änderungen im Hinblick auf Klimakrise und Artenschutz, mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Im Rahmen politischer Organisationen müssten auch sie dringend gehört und in Willensbildungsprozesse einbezogen werden, um einen Konsens „für einen ökologisch ausgerichteten Umbau des Agrarsystems“ zu finden, statt die Landwirt:innen mit ihren Problemen allein zu lassen und so ein Umschlagen ihrer bisherigen Aktivitäten in Apathie oder politische Radikalisierung zu riskieren.

Endnoten

1. Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter, in: Leviathan 30 (2002), 2, S. 175–194, hier S. 179.
2. Tina Jung, Die „gute Geburt“ – Ergebnis richtiger Entscheidungen? Zur Kritik des gegenwärtigen Selbstbestimmungsdiskurses vor dem Hintergrund der Ökonomisierung des Geburtshilfesystems, in: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft (2017), 2, S. 30–45.
3. Ebd., S. 43.

Stephanie Kappacher

Stephanie Kappacher ist Soziologin. Sie arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteurin der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Internetportals Soziopolis.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/aufgelesen/april2022.html>